

# BÜLTEN BULLETIN

MONATLICHES INFORMATIONSBLETT  
Verleger: COODIFF - Square Ch.  
M. Wiser - 13/2 - 1040 Brüssel  
Tel: 00-32-2- 230 34 72 BELGIEN

INFO-TÜRK AJANSI  
AGENCE INFO-TÜRK  
INFO-TÜRK AGENTUR

Nachdruck von Artikeln unter  
Quellengabe INFO-TÜRK erlaubt

3. Jg. - Juni 1979  
Deutsche Ausgabe Nr. 8  
Preis: 1,50 DM  
Jahresabonnement: 15,00 DM

## DIE RECHTE FÄLLT DER REGIERUNG IN DEN RÜCKEN

ANKARA (ITA) - "Zu einem Zeitpunkt, da die schwierigen Verhandlungen mit dem Weltwährungsfond und der OECD in eine entscheidende Phase getreten sind, fällt man der Regierung in den Rücken." Mit diesen Worten wandte sich der türkische Premierminister Ecevit gegen eine Kampagne, mit der einflußreiche Wirtschaftskreise und die rechten Oppositionsparteien seine Mitte-Links-Regierung stürzen wollen.

In bisher einmaliger Form stellte die Industriellenvereinigung des Landes in ganzseitigen Zeitungsanzeigen fest, daß die Türkei in einer schweren Wirtschaftskrise mit über 60% Inflation und 14% Arbeitslosigkeit stecke. Ecevit wird vorgeworfen, zu stark von der "freien Marktwirtschaft" abzuweichen und jeden Unternehmungsgeist der Wirtschaft durch exzessive staatliche Interventionen zu hemmen.

Der Führer der oppositionellen Gerechtigkeitspartei (AP) Demirel bezeichnete diese Anzeigenkampagne höhnisch als Todesanzeige der Regierung Ecevit und rief zu einem landesweiten parlamentarischen und außerparlamentarischen Kampf zum Sturz der Regierung auf.

Doch damit nicht genug. Der Premierminister hat zusätzlich Probleme mit der Arbeiterbewegung, nachdem er die Maidemonstration in Istanbul verboten hatte, Arbeiterführer einsperren ließ und neue Sparmaßnahmen beschloß, die sich hauptsächlich zu Ungunsten der arbeitenden Bevölkerung auswirken. Selbst unter den Mitgliedern seiner eigenen Partei wächst die Kritik an seiner Politik,

V.i.S.d.P.: Paula Eveline Krampfert, INFO-TÜRK-AGENTUR, Postfach 10 06 30,  
4220 Dinslaken 1

was sich auf dem Parteitag der Republikanischen Volkspartei Ende Mai 1979 zeigte.

Weitere Folgen der wachsenden Unzufriedenheit mit der Regierung Ecevit sind der Austritt einiger unabhängiger Minister aus dem Kabinett und der Übertritt anderer unabhängiger Parlamentsabgeordneter, die zuvor die Regierungspolitik unterstützt hatten, zu Demirels Gerechtigkeitspartei. Durch diesen Verlust reduziert sich die Zahl der regierungstreuen Abgeordneten in der Nationalversammlung auf 221, während die Gerechtigkeitspartei nun über 175 und die Rechtsopposition insgesamt über 223 Abgeordnete verfügt.

#### Auseinandersetzung mit Wirtschaftskreisen

Die türkischen Industriellen stellen in ihrer Anzeigenkampagne fest, daß wegen ungenügender Energieversorgung und Devisenknappheit die Inlandsproduktion rapide gesunken sei; während im Vorjahr nach im Werte von 2,3 Md. Dollar exportiert worden wäre, beliefen sich im laufenden Jahr allein die Ölimporte auf über 2 Md. Dollar; um den totalen Zusammenbruch der Wirtschaft zu vermeiden, müßten insgesamt Importe in Höhe von 5 Md. Dollar vorgenommen werden. Die Krise könne nur überwunden werden, wenn ausländische Kredite gewährt und Investitionen vorgenommen würden; dies könne nur durch eine "freie Wirtschaft" erreicht werden - so der Tenor der Anzeigen.

Premierminister Ecevit bezeichnete diese Angaben als rein politisch motivierte Zweckaussagen und führte fort: "Die private Wirtschaft kann weder die Regierung bilden, noch diese stürzen." Er drohte sogar damit, juristische Schritte gegen die Industriellenvereinigung einzuleiten. "Ich werde die Angelegenheit dem Staatsanwalt übergeben!" rief er auf einer Kundgebung.

Auf diese Reaktion des Premierministers antwortete die Industriellenvereinigung mit einer Verstärkung ihrer Anzeigenkampagne. Unter der Schlagzeile "Die Nation wartet" erschien in den folgenden Tagen eine weitere Großanzeige in den Tageszeitungen mit Massenauflage.

In Wahrheit trägt gerade die Privatwirtschaft einen sehr großen Teil der Verantwortung für die gegenwärtige Wirtschaftskrise, und man kann der Regierung kaum vorwerfen, "zu sehr vom Kurs der freien Marktwirtschaft abzuweichen". Richtig wäre vielmehr der Vorwurf, daß die Regierung der privaten Wirtschaft zu viele unverdiente Privilegien und Sonderbedingungen eingeräumt hat. Insbesondere das Versagen der türkischen Wirtschaft, ausreichend Rohstoffe zu fördern und Halbfabrikate zu produzieren sowie ihre äußerst niedrige Exportrate haben ja wesentlich zu dem gegenwärtigen Handelsbilanzdefizit mit akuter Devisenknappheit geführt. Dennoch hat Ecevit weiterhin auf gute Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft gesetzt und jede Verstaatlichung - mit Ausnahme der Bodenschätze - als unwirksam bezeichnet und bekämpft, womit er sich wiederum die Kritik seiner linken Parteigänger einhandelte.

Ein politischer Beobachter bezeichnete Ecevit unlängst in dieser Drucksituation zwischen den rechten und linken Kräften des Landes als einen Politiker "der es keinem recht macht, während er es doch versucht, allen zu gefallen."

Obwohl Ecevit alles unternommen hat, die Wirtschaft des Landes zufriedenzustellen, wird er jedoch niemals ihr volles Vertrauen gewinnen können, weil er mit Unterstützung der Arbeitermassen und fortschrittlicher Kräfte in sein Amt gelangt war. Die Wirtschaft ist sich auch darüber im Klaren, daß sich die Machtverhältnisse in Ecevits Partei jederzeit ändern können und die Möglichkeit einer radikaleren Politik durch eine von der Republikanischen Volkspartei getragene Regierung nicht auszuschließen ist.

Die Wirtschaftskreise würden es natürlich bevorzugen, wenn die zu erwartenden ausländischen Kredite nicht von einer Mitte-Links-Regierung, sondern von einer überzeugt wirtschaftsfreundlichen Regierung verteilt würden.

Neue Zugeständnisse an imperialistische Kräfte

Nachdem die türkische Regierung auf wesentliche wirtschaftspolitische Bedingungen des Weltwährungsfonds (WWF) eingegangen ist, wurde ihr ein ausländisches Hilfspaket in Höhe von 1,5 Md. Dollar bewilligt.

Wie berichtet, hatte der WWF seit langem gefordert, die türkische Lira abzuwerten, die Preise im öffentlichen Sektor zu erhöhen und Löhne und Gehälter einzufrieren. Anfang Juni verfügte die Regierung eine drastische Abwertung um 43% verbunden mit einem mehrschichtigen Devisenumtauschsystem (vgl. INFO-TURK BULLETIN D.7/1979). Erst im März 1978 war die türkische Währung um 23% abgewertet worden.

Einen Tag nach der letzten Abwertung erhöhte die Regierung die Benzinspreise um 30%. Die Preise für Eisen, Stahl, Kohle, petrochemische Produkte sowie andere Grundstoffe stiegen um 50 bis zu 100%. Nach diesen wirtschaftlichen Sparmaßnahmen übergab Ecevit den WWF-Beamten ein "Absichtsschreiben", aus dem hervorgeht, daß die türkische Regierung die Forderungen und Bedingungen des WWF akzeptiert hat. Ecevit teilte mit, daß der WWF-Vorstand Mitte Juli tagen und sein "Absichtsschreiben" diskutieren werde; er glaube, die Gespräche mit dem Fond hätten ein positives Ergebnis gebracht. Er fügte hinzu, der Inhalt des erwähnten Schreibens werde unmittelbar nach seiner Bestätigung durch den WWF veröffentlicht.

Nach Meldungen von Associated Press wird die gefundene Übereinkunft zu verstärkten türkisch-amerikanischen Beziehungen führen. Bekanntlich ist seit dem Verlust amerikanischer Spähposten in Iran die militärische Bedeutung der Türkei - dem südöstlichen Bollwerk der NATO - für die USA insbesondere in Hinblick auf Kontrollmöglichkeiten für die SALT-Vereinbarungen gestiegen.

Es steht zu erwarten, daß der Türkei nach einer entsprechenden Genehmigung durch den WWF-Vorstand eine Kreditaufstockung um weitere 260 Mio. Dollar ermöglicht wird. Die Hilfe von verbündeten Regierungen wird sich auf etwa 900 Mio. Dollar - davon 198 Mio. von den USA - belaufen, während 400 Mio. Dollar von privaten Banken zu erwarten sind.

Schon vor einigen Monaten hatte ein Konsortium aus Vertretern befreundeter Regierungen, Bankinstituten und der Weltbank beschlossen, der Türkei einen Kredit in Höhe von 1,45 Md. Dollar zur Verfügung zu stellen, sofern die türkische Regierung zu einer Übereinkunft mit dem WWF kommen sollte.

Folgende Staaten haben Hilfen fest zugesagt (Höhe in Mio. Dollar): Bundesrepublik Deutschland (200), USA (198), Frankreich (20), Japan (35), Schweden (10), Belgien (10), Dänemark (5), Finnland (2), andere Länder (zusammen 131). Hinzu kommen Exportkredite von Belgien (65), Norwegen (60), USA (50), Japan (35), Österreich (20) und Italien (15).

USA wollen Erlaubnis für U-2-Flüge im türkischen Luftraum

Die Auslandsschulden der Türkei betragen inklusive Schuldendienst 20 Md. Dollar, wovon etwa 6 Md. kurzfristige Kredite mit sofortiger Fälligkeit sind. Weil sich die Türkei seit Ende 1977 an der Schwelle zum Staatsbankrott steht, hatte sich Ecevit um Hilfe an den WWF gewendet. Ein erstes Sofortprogramm über eine 450-Millionen-Dollar-Hilfe für zwei Jahre wurde nicht ausgezahlt, als der Fond seine Unzufriedenheit über die türkischen Wirtschaftspolitik äußerte. Deswegen hat die türkische Regierung bei den diesjährigen Verhandlungen alles unternommen, um den WWF zufriedenzustellen.

Darüber hinaus machte Ecevit auch zahlreiche politische Zugeständnisse an die USA. Als Gegenleistung für amerikanische Hilfen verlangen die USA Zugeständnisse auf Zypern, Duldung eines Wiedereintritts Griechenlands in die Militärorganisation der NATO sowie Genehmigung von amerikanischen U-2-Flügen über der Türkei.

Ecevit bestätigte, daß die amerikanische Regierung um Überflugrechte für U-2-Aufklärungsflugzeuge gebeten habe, um die sowjetische Einhaltung der SALT-

Vereinbarungen effektiv kontrollieren zu können. "Besonders nach der Entwicklung in Iran, die zur Schließung von amerikanischen Militärbasen führte, werden die Möglichkeiten für eine effektive Überwachung sowjetischer Atomtests in Zentralasien stark reduziert", so Ecevit. Er fügte hinzu, daß die Möglichkeiten der Überwachung durch Satelliten zur Zeit und nach für einige Jahre begrenzt seien, so daß die entstandenen Lücken nur mit Hilfe von speziell ausgerüsteten Flugzeugen im türkischen Luftraum gefüllt werden könnten.

1960 hatte die Sowjetunion eine U-2, die von der Türkei aus gestartet war, zur Landung gezwungen. Der Pilot, F.G.Powers, wurde festgenommen und zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Durch diesen Zwischenfall hatten sich die türkisch-sowjetischen Beziehungen für viele Jahre verschlechtert.

Ecevit erklärte nun, daß die Türkei das amerikanische Anliegen akzeptieren könne, wenn sich die beiden Großmächte in dieser Frage zuvor verständigt hätten. Diese Haltung Ecevits stieß jedoch auf scharfe Kritik sowohl von der Opposition als auch von einflußreichen Mitgliedern seiner eigenen Parlamentsfraktion. Niyazi Unsal, Mitglied der Republikanischen Volkspartei Ecevits, sagte dazu: "Niemand hat das Recht noch die Befugnis, U-2-Flüge im türkischen Luftraum zu genehmigen." Alle fortschrittlichen Gewerkschaften und demokratischen Massenorganisationen protestierten gegen Ecevits Vorhaben, die Entscheidung in einer so wichtigen Frage dritten Staaten zu überlassen.

#### Politische Manöver der Rechtsopposition

Immer den Sturz der Regierung Ecevit im Auge, ist der Rechtsopposition jedes Mittel recht. So beteuert sie lauthals, nur sie wäre in der Lage, die türkischen Interessen gegenüber den USA zu verteidigen. Demirel, Vorsitzender der Gerechtigkeitspartei, kritisierte die Regierung, sie hätte in ihrem "Absichtsschreiben" an den WWF zu große Zugeständnisse gemacht.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint Ecevit entschlossen zu sein, auch mit einer hauchdünnen Parlamentsmehrheit im Amt zu bleiben, während Demirel alles daransetzt, ihn zu stürzen und als Führer einer Übergangsregierung vorgezogene Parlamentswahlen - der nächste reguläre Wahltermin wäre erst im Herbst 1981 - auszuschreiben. Dabei hofft Demirel auf die Unterstützung der unabhängigen Minister im Kabinett Ecevits sowie auf die unabhängigen Parlamentsabgeordneten.

In den letzten Monaten wurden die unabhängigen Regierungsmitglieder für Ecevit ein ständig wachsendes Problem. Bereits im April äußerten sechs Minister öffentlich Kritik an der Regierungspolitik, besonders auf dem Gebiet der Bekämpfung des politischen Terrors. Einer der sechs, Staatssekretär Enver Akova, schied Ende Mai aus dem Kabinett aus, und Ecevit ersetzte ihn durch einen Überläufer von der Gerechtigkeitspartei: Hasan Korkut. Diese Berufung führte zu großem politischen Aufruhr bis auf die höchste staatliche Ebene, als Demirel dem Staatspräsidenten Fahri Korutürk vorwarf, er habe bei der Bestätigung dieser Ernennung politische Parteilichkeit gezeigt, woraufhin der Präsident sich in einer Art Vertrauensabstimmung vom Parlament seine "Unparteilichkeit" bestätigen ließ und sogar seinen Rücktritt für den Fall anbot für den Fall, daß das Parlament ihn für "parteilich" halte.

Wenig später trat ein weiterer unabhängiger Minister, Ali Riza Septioglu, aus dem Kabinett zurück und schloß sich der Gerechtigkeitspartei an. Anlässlich dieser erneuten Schlappe für Ecevit triumphierte Demirel: "Die Regierung hat nun ihre Mehrheit verloren!"

In der Tat hängt die Zukunft der Regierung Ecevit vom Verhalten der 18 unabhängigen Parlamentsabgeordneten ab. Die gegenwärtige Sitzverteilung im Parlament stellt sich folgend dar:

<u>Regierung:</u>	Republikanische Volkspartei (CHP)	210
	Demokratische Partei (DP)	1
<u>Opposition:</u>	Gerechtigkeitspartei (AP)	175
	Nationale Heilspartei (MSP)	23
	Nationale Bewegungspartei (MHP)	17
	Republikanische Vertrauenspartei (CGP)	1
	Nationale Ordnungspartei (MNP)	1
<u>Unabhängige:</u>		18

Bei diesen Zahlen muß beachtet werden, daß ein Abgeordneter der Republikanischen Volkspartei als Vorsitzender der Nationalversammlung kein Stimmrecht hat.

Es wird deutlich, daß nach parlamentarischer Arithmetik ein Sturz der Regierung Ecevit jederzeit möglich ist. Angesichts der Großoffensive der Wirtschaft gegen die Regierung wäre ein solches Ereignis keine Überraschung, denn in diesen kritischen Tagen können einige finanzielle Versprechungen die Haltung eines manchen Abgeordneten ins Wanken bringen...

(C-M-DN-DG-21/6)

#### KRIEGSRECHT FÜR WEITERE ZWEI MONATE VERLÄNGERT

ANKARA (ITA) - Während die Regierung einerseits die oben beschriebenen Sparmaßnahmen gegen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung durchsetzte, beschloß das Parlament andererseits auch eine Verlängerung des Kriegsrechts in 19 Provinzen des Landes für weitere zwei Monate.

Bekanntlich wurde im Anschluß an das Massaker von Kahramanmaras (vgl. INFO-TÜRK BULLETIN D.3 und D.4/1979) über zunächst 13 Provinzen das Kriegsrecht verhängt, was dann später unter dem Druck der Militärs auf weitere sechs Provinzen ausgeweitet und bereits zweimal verlängert wurde.

Doch trotz des Kriegsrechts setzt sich die Welle politischer Gewalttaten unvermindert fort. Es kam zwar zu einigen Festnahmen und Anklagen wegen politischen Mordes, aber die Drahtzieher, Hintermänner und Anstifter dieser Attentate - sprich: die Führer der Nationalen Bewegungspartei MHP - stehen weiterhin unter Immunitätsschutz und setzen ihre dunklen Machenschaften fort.

Am 4. Juni 1979 wurde in der südtürkischen Stadt Adana die größte Massengerichtsverhandlung in der Geschichte der Türkei vor dem Kriegsgerichtshof eröffnet; der Militärstaatsanwalt verlangte für 304 der 803 Angeklagten die Todesstrafe. Das Verfahren bezieht sich auf die blutigen Ereignisse in Kahramanmaras, bei denen 111 Personen den Tod fanden und mehr als 900 Gebäude durch Plünderung und Brandstiftung zerstört wurden. Die Anstifter zu diesem Massaker, die Führer der neofaschistischen MHP, befinden sich jedoch nicht unter den Angeklagten. Mehr noch: einige extrem rechts stehende Graue Wölfe unter den Angeklagten wurden bereits vorzeitig wegen Mangels an Beweisen auf freien Fuß gesetzt.

Am 9. Juni 1979 wurde ein Mitglied der Arbeiterpartei der Türkei (TIP), Fahrettin Özer, in der Stadt Mansia von Grauen Wölfen überfallen und erschossen.

Im abgelaufenen Monat gab es insgesamt 122 Opfer des politischen Terrors, womit die Zahl der Opfer seit Antritt der Regierung Ecevit vor 18 Monaten auf 1472 gestiegen ist.

Im folgenden dokumentieren wir die politischen Morde des letzten Monats:

18. Mai: Der linke Student Oguz Kemal Aksoy, der Arbeiter Recai Keles, die rechten Studenten Ayhan Güngör und Ali Cibir, der rechte Kaufmann Cemal Gürbay, der linke Yilmaz Verimli (Istanbul); der rechte Lehrer Ali Cetin (Fatsa); der Student Mümin Iyibal, die rechten Studenten

- Sezai Ucar und Yavuz Aydın (Manisa); der Doktor Hüseyin Kabasakal (Adana); der Taxifahrer Ramazan Akyol (Antalya); Mehmet Ciledag (Gaziantep).
- 19.Mai: Der Taxifahrer Seyfullah Dogan, der Elektriker Semai Cetin (Istanbul); der Student Ahmet Akici (Corum); die rechten Tahir Dede und Aydın Baltacıoglu (Antalya).
- 20.Mai: Der Lehrer Mehmet Gökçen, der Geschäftsmann Bahattin Kocamanoglu, der linke Taxifahrer Yüksel Orus (Istanbul); die linke Lehrerin Cemile Acikgöz (Tarsus).
- 21.Mai: Der ehemalige Funktionär der MHP Senol Demiroglu (Adana); der Student Müslim Barin (Urfa); der Student Sefik Unver (Izmir); der Nachtwächter Mustafu Kuru (Istanbul).
- 22.Mai: Der linke Ladenbesitzer Battal Türkaslan (Gaziantep); der linke pensionierte Arbeiter Mustafa Pabuccu, der linke Student Ibrahim Geckin (Adana); der Student Ibrahim Akkus (Istanbul); der Fahrer Musa Aydın (Van).
- 23.Mai: Der Oberschüler Ersan Demirel (Istanbul); ein Unbekannter (Izmir); der Lehrer Abdurrahman Oguz (Urfa).
- 24.Mai: Der Arbeiter Mehmet Aras, der 69-jährige Yusuf Türkmén (Istanbul); der Dorfvorsteher Necip Deniz (Gaziantep).
- 25.Mai: Mehmet Anaz, Bekir Gölbası (Istanbul); der Angestellte im Staatsdienst Suat Önezli (Tunceli); der Arbeiter Süleyman Bulut (Malatya); ein Unbekannter (Kirikkale); Ali Uckun (Nigde); der Frisör Bilal Tunc (Gaziantep).
- 26.Mai: Der Landwirt Nusret Cakir (Malatya); der 16-jährige Student Idris Celik (Edirne); Hüseyin Teke (Düzce).
- 27.Mai: Ethem Güclü (Manisa); der Student Mehmet Sevindik (Konya).
- 28.Mai: Der rechte Student Ismail Tekman, der linke Lehrer Sevki Cengiz Cetin (Istanbul); Seyfettin Ucar (Adana).
- 29.Mai: Der Grunschullehrer Fikret Yilmaz und sein Freund Ahmet Sarikaya (Giresun); Frau Sevkiye Atmaca (Carsamba); der Student Aslan Göncü (Kars); der Taxifahrer und CHP-Anhänger İlhami Aytac (Erzurum).
- 30.Mai: Die Studenten Hürsüt Said und Turhan Selahattin İzzet (Kayseri); Abdi Celikten (Urfa); der Grundschullehrer Yalcın Selami Bal (Istanbul); der Geschäftsmann Ahmet Yilmaz (Samsun); der ehemalige Bürgermeisterkandidat für die CHP Fehmi Akyıldız (Bursa).
- 31.Mai: Der Arbeiter Halil Akyıldırım, der linke Student Hasan Karakoc (Istanbul); Mehmet Ali Sen (Ankara); Mustafa Keser (Adana).
- 1.Juni: Abdullah Karakus (Adana); der Polizist Kadri Mihcin (Istanbul); der amerikanische Lehrer David Goodman (Adana); der Ladenbesitzer Mahir Demir (Ankara).
- 2.Juni: Der örtliche Funktionär der Nationalen Bewegungspartei Kazım Alt (Gaziantep); der Arbeiter Veli Türkmén (Istanbul); Vehbi Öztürk (Ankara); Orhan Yüksel (Bursa).
- 3.Juni: Der rechte Student Erdogan Biyik (Balıkesir); der Student Ahmet Dadak (Istanbul); der Student Cemal Gönül (Izmir).
- 4.Juni: Der linke Arbeiter Hüseyin Kurtulus (Bursa).
- 5.Juni: Der Angestellte im Staatsdienst Ibrahim Önder (Mardin).
- 6.Juni: Der linke Salih Özen (Diyarbakir); der rechte Arbeiter Mehmet Güler (Istanbul); Azmi Ustaoglu (Ankara).
- 7.Juni: Der linke Arbeiter Mevlut Taslar (Afyon); der rechte Student Ali Osman Devecioglu (Istanbul); der linke Lehrer Nevzat Yildirim (Malatya); der Gefangene Mahmut Sigili (Usak); der linke Ali Kaya (Usak).
- 8.Juni: Der linke Lehrer Savaskan Arsal (Istanbul); der linke Arbeiter Salih Yildirim (Adana); Ayhan Ünü (Kars); Osman Alkas (Urfa); die Arbeiter Ahmet Özdemir und Zeki Bulut (Isparta).
- 9.Juni: Das Mitglied der Arbeiterpartei der Türkei (TIP) Fahrettin Özler (Manisa); Halil Topal und Selahattin Sevindik (Fatsa); Yedigâr Karatas (Istanbul); der Gefangene Hacı Hasan Satılmış (Aydın).

10. Juni: Der linke Student Hakan Senyuva (Ankara); der linke Student Nevzat Tanriöver (Uşak); der linke Lehrer Veli Kara (Kırıkkale).
11. Juni: Yusuf Atabakan, Serdar Akcan, Nihat Özyagli (Istanbul); der Taxifahrer Ali Yildirim (Balıkesir).
12. Juni: Der Nachtwächter Mehmet Öztürk (Istanbul).
13. Juni: Der Arbeiter Mehmet Alasit (Adana).
14. Juni: Der rechte Jugendliche Saban Egrili (Samsun).
15. Juni: Der Arbeiter Kadir Öke, der ehemalige Vorsitzende der Grauen Wölfe Efraim Seker, der linke Student Suat Yüksel (Istanbul); der Polizist Salih Baskent und der Terrorist Hal-ı Aslan (Izmir); ein unbekannter Jugendlicher (Gebze); der Oberschüler Bilal Arlı, der Doktor Faruk Özen (Samsun).
16. Juni: Erdogan Öztürk (Istanbul); der Oberschüler Dursun Sezer (Gebze).
17. Juni: Der Anhänger der MHP Kamil Köse (Istanbul); der linke Student Yücel Güres (Ankara); der linke Student Hüseyin Altıngöz (Eskişehir).

(C-M-H-DN-18/6)

NEUE VERHAFTUNGEN AM JAHRESTAG DES ARBEITERWIDERSTANDS: 15./16. JUNI

ISTANBUL (ITA) - Die Konföderation Fortschrittlicher Gewerkschaften (DISK) beging den neunten Jahrestag des Arbeiterwiderstandes vom 15./16. Juni (1970) mit Veranstaltungen in den Gewerkschaftszentren in der ganzen Türkei.

Nach der Veranstaltung in der südosttürkischen Stadt Diyarbakir wurde der Generalsekretär der DISK Fehmi Isiklar zusammen mit 13 Genossen von den Kriegsrechtsbehörden festgenommen.

In Istanbul versuchte eine aus der DISK ausgeschlossene Sektierergruppe die Veranstaltung zu stören, was jedoch durch den Einsatz von entschlossenen DISK-Mitgliedern verhindert werden konnte.

Der Arbeiterwiderstand vom 15./16. Juni 1970 war eine Massendemonstration der Arbeiterschaft in Istanbul und Umgebung mit dem Ziel, eine geplante arbeitfeindliche Änderung des Gewerkschaftsgesetzes zu verhindern. Die DISK-Führer beurteilen den 15./16. Juni 1970 als Wendepunkt in der Arbeiterbewegung der Türkei, weil sich hier die Arbeiterklasse als eine unabhängige politische Kraft im Lande erwiesen hat.

URTEILE GEGEN DISK- UND TIP-FÜHRER

ISTANBUL (ITA) - Die wegen Teilnahme an einer verbotenen Maidemonstration in Istanbul festgenommenen Führer der DISK und der TIP wurden zu je 25 Tagen Gefängnis verurteilt. Davon sind u.a. die Vorsitzende der TIP, Frau Behice Boran, und der Präsident der DISK, Abdullah Bastürk, betroffen.

PARTEITAG DER REPUBLIKANISCHEN VOLKSPARTEI:

STARKE OPPOSITION GEGEN ECEVIT - SCHLÄGEREIEN

ANKARA (ITA) - Obwohl Premierminister Ecevit erneut zum Vorsitzenden seiner sozialdemokratischen Republikanischen Volkspartei gewählt wurde, mußte er dennoch eine starke Oppositionsgruppe gegen die Ein-Mann-Führung der Partei zur Kenntnis nehmen.

Es zeichneten sich drei voneinander unabhängige Oppositionsgruppen gegen Ecevit ab, die ihn in wichtigen Fragen herausforderten. In einem Antrag wurde eine Änderung des Parteistatuts gefordert, mit der an die Stelle des bisherigen 20-köpfigen Vorstandes eine 40-köpfige Parteiversammlung treten sollte, um die Repräsentation der verschiedenen Regionen im obersten Parteiorgan besser zu gewährleisten. Obwohl sich Ecevit mit aller Überzeugungskraft gegen diese Änderung zur Wehr setzte, konnte er sie nur relativ knapp mit 769:571 Stimmen abwehren.

Besonders blamabel für ihn: Unter den Befürwortern der Änderung waren die Mehrheit seiner CHP-Parlamentsfraktion und fünf seiner Kabinettsmitglieder. Hier zeigt sich deutlich, daß die kritischen Stimmen, Ecevit würde Regierung und Partei wie eine "Ein-Mann-Show" leiten, innerhalb und außerhalb der Partei stärker geworden sind.

Der dreitägige Kongreß war gekennzeichnet durch handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen oppositionellen Blöcken und sogar Besuchern. "Anarchistische Zustände" - ohnehin ein Alptraum für die Regierung Ecevit - stellten sich ein, als ein heißer Wortwechsel in eine Schlägerei auszuarten drohte. Das brachte den Parteivorsitzenden derart in Rage, daß er zum Rednerpult stürzte und in die Versammlung schrie: "Auf einem CHP-Parteitag wird es keine Schlägerei geben! Die Polizei soll eingreifen!"

Daraufhin beschimpften einige Jugendliche die CHP-Führer als "Faschisten", was der Versammlungsleiter mit der Bemerkung quittierte: "Halt's Maul! Hier gibt's keine Faschisten!" Dann schaltete sich Ecevit erneut ein und schrie in sichtlich erregtem Zustand in den Saal: "Solange ich hier bin, wird niemand einen anderen mit 'Faschist' beschimpfen. Das verbitte ich mir!" In der Zwischenzeit hatte die Polizei 18 Jugendliche festgenommen. Sie blieb dann für den Rest des Parteitags im Versammlungssaal stationiert.

Der CHP-Parteitag hat gezeigt, daß Ecevit nicht nur in der öffentlichen Meinung in der Türkei, sondern auch bei seinen eigenen Parteimitgliedern stark an Prestige verloren hat. Es wäre denkbar, daß die Opposition gegen ihn bis zum nächsten Parteitag stark genug geworden ist, um ihm den Parteivorsitz streitig zu machen.

(C-M-DN-DG-1/6)

#### LÖHNE UNTER DEM STAND VON 1971

ANKARA (ITA) - Nach offiziellen Zahlen sind die Löhne und Gehälter in der Türkei unter den Stand von 1971 gesunken. Der für 1978 berechnete durchschnittliche Tagesverdienst von 205 Türkische Lira (TL) ist um etwa 31 TL gefallen. Nur 1974 und 1976 sind die Reallohne um 4,5% bzw. 27,7% gestiegen. In allen anderen Jahren gab es einen Reallohnrückgang: für 1978 um 17,2% (Gründe: Inflationsrate 62% und zunehmende Steuerbelastung).

Erst kürzlich hat die Kommission für Mindestlöhne das monatliche Mindesteinkommen auf 3300 bis 5400 TL beziffert. Nach der letzten Abwertung sind 5400 etwa 216 DM !!! In Istanbul kann man selbst in recht einfachen Stadtteilen kein bescheidenes Wohnhaus mehr für unter 150 bis 200 DM monatlich anmieten.  
Kommentar: überflüssig.

DAS INFO-TÜRK-BULLETIN WIRD ENDE JULI  
NICHT ERSCHEINEN. DIE NÄCHSTE AUSGABE  
IST FÜR ENDE AUGUST VORGESEHEN. WIR  
MÖCHTEN ALLE ABONNENTEN AN DIE ZAHLUNG  
DER ABONNEMENTSGEBÜHR ERINNERN - SOFERN  
DIE ÜBERWEISUNG NOCH NICHT STATTFUNDEN  
HAT. BITTE ZAHLEN SIE MIT VERRECHNUNGS-  
SCHECK an Info-Türk-Agentur, Postfach  
100630, 4220 Dinslaken 1. VIELEN DANK!